

## Internationales Steuerrecht

Bearbeitet von  
Von Siegfried Grotherr, Claus Herfort, und Günther Strunk

4. Auflage. 2019. Buch. 853 S. Hardcover  
ISBN 978 3 8168 1174 9  
Format (B x L): 15 x 21,4 cm

[Steuern > Internationales Steuerrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.





# Internationales Steuerrecht

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Grotherr,  
Prof. Dr. Claus Herfort, Steuerberater,  
Prof. Dr. habil. Günther Strunk, Steuerberater,  
Univ.-Prof. Dr. Bert Kaminski,  
Helmut Rundshagen, Rechtsanwalt, Steuerberater

3. Auflage  
2010

Herausgeber:  
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

---

**Zitierweise:**

Bearbeiter, in: Grotherr/Herfort/Strunk: Internationales Steuerrecht, 3. Aufl., Achim 2010, S. . . .

**Bearbeiter:**

Teil I:	S. 29–262	Grotherr
Teil II A, B:	S. 263–400	Kaminski
Teil II C:	S. 400–435	Rundshagen
Teil II D:	S. 435–501	Herfort
Teil II E, F:	S. 501–518	Rundshagen
Teil II G:	S. 518–522	Herfort
Teil III A-F:	S. 523–713	Strunk
Teil III G:	S. 714–722	Grotherr
Teil IV:	S. 723–750	Strunk
Teil V:	S. 751–788	Strunk

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1173-2

© 2010 Erich Fleischer Verlag, Achim

Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus nachzudrucken oder auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen, auch nicht für Unterrichtszwecke. Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen nur mit Genehmigung des Verlages.

Gesamtherstellung: Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG, Hamm

## Vorwort zur 3. Auflage

Die Internationalisierung der Geschäftsbeziehungen ist heute nahezu bei allen mittleren, aber auch bei vielen kleinen Unternehmen zu einer Überlebensfrage geworden. Dementsprechend kann sich kaum noch ein steuerlicher Berater der Bearbeitung grenzüberschreitender Sachverhalte entziehen. Dies ruft ein entsprechendes fachliches Informationsbedürfnis hervor, welches durch diesen Band 17 der „Grünen Reihe“ befriedigt werden soll. Dabei geht es nicht nur um die Lösung von steuerlichen Fragen, die sich bei Auslandsbeziehungen von Steuerinländern ergeben, sondern auch um die Bewältigung von steuerlichen Problemstellungen, die sich den Steuerausländern bei Inlandsbeziehungen in den Weg stellen. Ständige Steuerrechtsänderungen in der Vergangenheit haben das Internationale Steuerrecht stark verkompliziert, sodass sich für den steuerlichen Rechtsanwender immer wieder neue Herausforderungen stellen. Die diversen Änderungen in den Steuergesetzen, zahlreiche Gerichtsurteile der deutschen Finanzgerichte, aber auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und diverse neue Verwaltungserlasse haben eine Neuauflage des Werkes dringend erforderlich gemacht. Die Grundgliederung der Vorauflagen wurde dabei jedoch beibehalten.

Das vorliegende Buch gliedert sich in fünf Hauptteile:

Teil I befasst sich mit dem (allgemeinen) Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland, d. h. mit den Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen (EStG, KStG, GewStG, ErbStG), die bei grenzüberschreitenden Sachverhalten von besonderer Bedeutung sind. Dabei werden sowohl die Auslandsbeziehungen von Steuerinländern im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht als auch die Inlandsbeziehungen von Steuerausländern bei der beschränkten Steuerpflicht behandelt. Die Steuerrechtsänderungen auf diesem Gebiet haben sich in der Vergangenheit als außerordentlich zahlreich erwiesen.

Teil II setzt sich mit dem Außensteuergesetz (AStG) auseinander, das als spezielles Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden kann. Im Einzelnen werden zunächst die Einkünftekorrekturen bei Leistungen zwischen international verbundenen Unternehmen untersucht. Hier hat es eine besondere Dynamik bei der Rechtsentwicklung gegeben, was den Umfang dieses Kapitels im Vergleich zur Voraufgabe erheblich hat anwachsen lassen. Anschließend werden der Wohnsitzwechsel einer natürlichen Person in einen niedrig besteuerten ausländischen Staat und die steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung an einer ausländischen Zwischengesellschaft in einem Niedrigsteuerland behandelt. Auch wenn das durch die Anwendung des Außensteuergesetzes erzielte Steuermehraufkommen als nicht übermäßig hoch zu bezeichnen ist, spielt die Beachtung der Regelungen des Außensteuergesetzes in der steuerlichen Gestaltungsberatung eine eminent wichtige Rolle, da andernfalls unweigerlich internationale Doppelbesteuerungen drohen, die im Nachhinein nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Teil III befasst sich mit dem Recht der Doppelbesteuerungsabkommen. Die Regelungsmasse der Doppelbesteuerungsabkommen macht heute fast 50% der deutschen steuergesetzlichen Normen aus. Die Abkommen folgen mit gewissen Abweichungen weitgehend dem OECD-Musterabkommen, sodass sich die Erläuterung des Abkommensrechts an diesem Grundmuster orientiert, wobei auf erwähnenswerte Abweichungen in der deutschen Abkommenspraxis hingewiesen wird. Obwohl ständig neue Länderabkommen hinzutreten, hat sich in letzter Zeit auch der umgekehrte Weg gezeigt: Doppelbesteuerungsabkommen wurden gekündigt (z. B. das Erbschaftsteuer-Abkommen mit Österreich, die Ertragsteuer-Abkommen mit Brasilien und der Türkei), was die Bedeutung der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wieder verstärkt ins Rampenlicht rücken lässt.

Teil IV und V tragen der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für das Internationale Steuerrecht Rechnung. Der Einfluss durch Richtlinien, Verordnungen oder insbesondere durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beschränkt sich hierbei nicht nur auf das materielle Ertrag- und Umsatzsteuerrecht, sondern auch auf verfahrensrechtliche Vorschriften der Deklaration, Mitwirkung und Steuerzahlung. Nimmt ein steuerlicher Berater von der Veröffentlichung eines Vorlagebeschlusses eines Finanzgerichts an den Europäischen Gerichtshof in einer steuerrechtlichen Fachzeitschrift keine Kenntnis und lässt er einen gleich gelagerten Besteuerungsfall bestandskräftig werden, droht ihm ein erhebliches Haftungs-potenzial. Dies ist Grund genug, der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für die steuerliche Beratungspraxis einen gleichberechtigten Teilbereich in diesem Buch neben den anderen Teilbereichen des Internationalen Steuerrechts zu widmen.

Das vorliegende Werk wendet sich an alle Personen, die sich über das Internationale Steuerrecht einführend oder weiterführend informieren wollen. Gedacht ist in erster Linie an diejenigen, die sich auf die Steuerberaterprüfung oder auf die Laufbahnprüfung des gehobenen Dienstes der Finanzverwaltung (Dipl.-Finanzwirt) vorbereiten. Darüber hinaus richtet sich das Buch an die Studierenden der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien, die steuerliche Fächer in Diplom-, Bachelor- oder Masterstudiengängen gewählt haben. Schließlich soll auch dem praktisch tätigen Rechtsanwender durch Verweis auf die einschlägigen Entscheidungen der Finanzgerichte und Verwaltungsanweisungen ein Kurzkommentar zum Internationalen Steuerrecht an die Hand gegeben werden. Erfreulicherweise hat das Buch mittlerweile auch als Quellennachweis Eingang in die Rechtsprechung des I. Senats des Bundesfinanzhofs gefunden.

Die Ausführungen des vorliegenden Buches berücksichtigen den Stand der Steuer-gesetze, Gerichtsurteile und Verwaltungserlasse bis zum 31.10.2009.

Für konstruktive Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Hamburg, im November 2009

# Inhaltsübersicht

## Teil I: Nationales Außensteuerrecht

<b>A</b>	<b>Verhältnis des nationalen Außensteuerrechts zum Internationalen Steuerrecht</b>	<b>29</b>
<b>B</b>	<b>Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen mit grenzüberschreitendem Bezug</b>	
1	Einkommensteuergesetz .....	31
1.1	Fallgruppen zur unbeschränkten Steuerpflicht .....	31
1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht aufgrund eines Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland (§ 1 Abs. 1 EStG) .....	31
1.1.1.1	Wohnsitz (§ 8 AO) .....	32
1.1.1.2	Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO) .....	34
1.1.2	Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für deutsche Staatsangehörige in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bei Auslandsentsendung (§ 1 Abs. 2 EStG) .....	36
1.1.3	Antragsabhängige unbeschränkte Steuerpflicht bei ausschließlichem oder fast ausschließlichem Bezug von inländischen Einkünften (§ 1 Abs. 3 EStG) .....	37
1.1.4	Berücksichtigung von personen- und familienbezogenen Entlastungen bei fiktiv unbeschränkt steuerpflichtigen EU-/EWR-Familienangehörigen (§ 1 a EStG) .....	40
1.1.5	Zusammenfassender Überblick über die Fallgruppen der unbeschränkten und beschränkten Steuerpflicht .....	42
1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht .....	43
1.2.1	Welteinkommensprinzip .....	43
1.2.2	Ausnahmen vom Welteinkommensprinzip .....	44
1.2.2.1	Verrechnungsverbot für bestimmte negative ausländische Einkünfte aus Drittstaaten mit inländischen Einkünften (§ 2 a Abs. 1 und 2 EStG) .....	44
1.2.2.1.1	Inhalt der Regelung .....	44
1.2.2.1.2	Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	51
1.2.2.2	Verrechnungsverbot für Verluste aus der Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft bei beschränkter Haftung nach § 15 a EStG .....	53
1.2.2.3	Einkünfte aus einem ausländischen Staat, mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen hat .....	55
1.2.2.3.1	Zuordnung von Besteuerungsrechten und Steuerfreistellung .....	55
1.2.2.3.2	Auswirkungen DBA-steuerbefreiter Auslandseinkünfte auf die Ermittlung des anzuwendenden Einkommensteuersatzes (positiver und negativer Progressionsvorbehalt gem. § 32 b EStG) .....	55



1.2.2.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung gem. § 2 a Abs. 3, 4 EStG a. F. bei vormals abgezogenen DBA-Betriebsstättenverlusten (§ 52 Abs. 3 Satz 3 sowie Sätze 5 und 6 EStG)...	63
1.2.2.3.3.1	Abschaffung der Verrechenbarkeit von DBA-Betriebsstättenverlusten durch das StEntlG 1999/2000/2002 .....	63
1.2.2.3.3.2	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung bei späteren Gewinnen .....	63
1.2.2.3.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung für vormals nach dem Auslandsinvestitionsgesetz abgezogene DBA-Betriebsstättenverluste bei künftigen Gewinnen über 2008 hinaus (§ 8 Abs. 5 Satz 2 AuslInvG) .....	66
1.2.2.3.3.4	Beispiel zur Hinzurechnung vormals abzogener Verlustbeträge .....	67
1.2.2.3.4	Abzugsbeschränkungen für Ausgaben im Zusammenhang mit ausländischen Einkünften .....	68
1.2.2.3.4.1	Abzugsverbot für Ausgaben in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen (§ 3 c Abs. 1 EStG) .....	68
1.2.2.3.4.2	Teilabzugsverfahren für Einkommensminderungen in einem Betriebsvermögen, die mit den nach dem Teileinkünfteverfahren nach § 3 Nr. 40 EStG teilweise steuerfreien Einkommensminderungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen (§ 3 c Abs. 2 EStG) .....	69
1.2.2.3.4.3	Typisiertes Ausgabenabzugsverbot bei einem Bezug von bestimmten ausländischen Kapitalerträgen durch ein inländisches Körperschaftsteuersubjekt (§ 8 b Abs. 5 KStG) .....	70
1.2.2.4	Teilwertabschreibungen und Wertaufholungen bei Anteilen an einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG).	71
1.2.3	Entstrickung und Verstrickung bei der grenzüberschreitenden Überführung von Wirtschaftsgütern .....	74
1.2.3.1	Entstrickung bei der Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens ins Ausland .....	74
1.2.3.1.1	Tatbestände für die Aufdeckung von stillen Reserven in den Wirtschaftsgütern (§ 4 Abs. 1 Satz 3 EStG) .....	74
1.2.3.1.2	Bildung eines Ausgleichspostens zur Vermeidung einer Sofortversteuerung des Entstrickungsgewinns (§ 4 g EStG) .....	77
1.2.3.2	Verstrickung bei der Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens vom Ausland ins Inland (§ 4 Abs. 1 Satz 7 zweiter Halbsatz EStG) .....	79
1.2.4	Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zinsaufwendungen (Zinsschranke; § 4 h EStG; § 8 a KStG) .....	80
1.2.4.1	Überblick über die Anwendungsvoraussetzungen und die Ausnahmetatbestände .....	80
1.2.4.2	Persönlicher und territorialer Anwendungsbereich der Zinsschranke .....	82
1.2.4.2.1	Person des fremdfinanzierten Betriebs .....	82

1.2.4.2.2	Person des Fremdkapitalgebers .....	82
1.2.4.2.3	Auswirkungen nur bei der inländischen Gewinnermittlung .....	83
1.2.4.3	Sachlicher Anwendungsbereich der Zinsschranke .....	83
1.2.4.3.1	Vorliegen von Zinsaufwendungen .....	83
1.2.4.3.1.1	Positivliste für das Vorliegen von Zinsaufwendungen im Sinne der Zinsschranke .....	83
1.2.4.3.1.2	Negativliste für die nicht von der Zinsschranke erfassten Zinszahlungen .....	84
1.2.4.3.2	Vorliegen eines Betriebs .....	85
1.2.4.3.2.1	Begriff des „Betriebs“ .....	85
1.2.4.3.2.2	Besonderheiten bei Organschaften (§ 15 Satz 1 Nr. 3 KStG) .....	86
1.2.4.4	Alternative Ausnahmetatbestände von der Anwendung der Zinsschranke (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a bis c EStG) .....	86
1.2.4.4.1	Der Schuldzinsenüberhang beträgt betriebs- und wirtschaftsjahrbezogen weniger als eine Mio. Euro (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a EStG) .....	86
1.2.4.4.2	Der fremdfinanzierte Betrieb weist keine Konzernzugehörigkeit auf (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. b EStG) .....	87
1.2.4.4.2.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für diesen Ausnahmetatbestand .....	87
1.2.4.4.2.2	Zu erfüllende Zusatzbedingungen bei einem fremdfinanzierten Körperschaftsteuersubjekt für diesen Ausnahmetatbestand (§ 8 a Abs. 2 KStG) .....	88
1.2.4.4.3	Der fremdfinanzierte konzernverbundene Betrieb weist keine geringere Eigenkapitalquote als der Konzern auf (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. c EStG; „Escape-Klausel“) .....	88
1.2.4.4.3.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für diesen Ausnahmetatbestand .....	88
1.2.4.4.3.2	Zu erfüllende Zusatzbedingungen bei einem fremdfinanzierten Körperschaftsteuersubjekt für diesen Ausnahmetatbestand (§ 8 a Abs. 3 KStG) .....	89
1.2.4.4.3.3	Ermittlung der relevanten Eigenkapitalquoten für den Betrieb und den Konzern .....	90
1.2.4.5	Besteuerungsfolgen aus der Anwendung der Zinsabzugsbeschränkung .....	91
1.2.4.5.1	Entstehen von in dem betreffenden Wirtschaftsjahr nicht abziehbaren Zinsaufwendungen (Zinsvortrag) .....	91
1.2.4.5.2	Ermittlung des Betrags der nicht abziehbaren Zinsaufwendungen .....	92
1.2.4.5.3	Fälle für den steuerunwirksamen Untergang eines Zinsvortrags .....	94
1.2.4.5.4	Auswirkungen der Zinsabzugsbeschränkung auf die Ermittlung des Gewerbeertrags .....	95
1.2.4.5.5	Sanktionen bei der fehlerhaften Ermittlung der Eigenkapitalquoten des Betriebs und des Konzerns .....	95
1.2.4.6	Zeitlicher Anwendungsbereich der Zinsabzugsbeschränkung .....	95

1.2.5	Veräußerung von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften aus dem Privatvermögen (§§ 17 und 20 EStG) .....	96
1.2.6	Besonderheiten bei der steuerlichen Berücksichtigung ausländischer Einkünfte .....	99
1.2.6.1	Begriff der ausländischen Einkünfte .....	99
1.2.6.2	Abgrenzung der ausländischen Einkünfte von den inländischen Einkünften .....	103
1.2.6.3	Einkommensermittlungsgrundsätze für ausländische Einkünfte ..	105
1.2.6.4	Währungsumrechnungsmodalitäten für ausländische Einkünfte ..	109
1.2.7	Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Steuerermäßigungen bei ausländischen Einkünften – § 34 c EStG) .....	111
1.2.7.1	Anrechnung ausländischer Steuern .....	112
1.2.7.1.1	Anrechnungsvoraussetzungen .....	112
1.2.7.1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht und Steuersubjektidentität .....	112
1.2.7.1.1.2	Anrechenbare ausländische Steuern .....	113
1.2.7.1.1.3	Festsetzung und Zahlung der ausländischen Steuern sowie Kürzung um einen entstandenen Ermäßigungsanspruch .....	114
1.2.7.1.2	Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags .....	115
1.2.7.1.2.1	Ermittlungsgrundsatz für den Anrechnungshöchstbetrag .....	115
1.2.7.1.2.1.1	Erwerbseinkünfte ohne Einkünfte aus Kapitalvermögen .....	115
1.2.7.1.2.1.2	Modifikationen bei der Anrechnung einer ausländischen Quellensteuer bei abgeltungsteuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen .....	118
1.2.7.1.2.2	Berücksichtigung der in wirtschaftlichem Zusammenhang mit den im Ausland erzielten Einnahmen stehenden Ausgaben (§ 34 c Abs. 1 Satz 4 EStG) .....	121
1.2.7.1.2.3	Länderweise Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags (§ 68 a EStDV).....	124
1.2.7.1.2.4	Zeitliche Zuordnung von Steueranrechnungsbeträgen .....	125
1.2.7.1.2.5	Negative ausländische Einkünfte .....	126
1.2.7.2	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte auf Antrag (§ 34 c Abs. 2 EStG) .....	127
1.2.7.3	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte von Amts wegen (§ 34 c Abs. 3 EStG) .....	129
1.2.7.4	Erlass oder Pauschalierung der Steuern auf ausländische Einkünfte (§ 34 c Abs. 5 EStG) .....	131
1.2.7.4.1	Auslandstätigkeitserlass .....	131
1.2.7.4.2	Pauschalierungserlass .....	132
1.2.7.5	Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu den Regelungen der Doppelbesteuerungsabkommen .....	134
1.2.7.6	Anrechnung fiktiver Quellensteuern gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen .....	136
1.2.7.7	Beachtung von unilateralen Freistellungsvorbehaltsklauseln bei den abkommensrechtlichen Steuerfreistellungen .....	138

1.2.7.7.1	Unilaterale Rückfallklausel bei DBA-steuerbefreiten Arbeitnehmereinkünften (§ 50 d Abs. 8 EStG) .....	138
1.2.7.7.2	Unilaterale Rückfallklausel bei doppelter Nichtbesteuerung von DBA-steuerbefreiten Einkünften (§ 50 d Abs. 9 EStG) .....	140
1.3	Beschränkte Steuerpflicht .....	144
1.3.1	Das Vorliegen inländischer Einkünfte als Anknüpfungskriterium für die beschränkte Steuerpflicht .....	144
1.3.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht .....	147
1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft .....	147
1.3.2.2	Einkünfte aus Gewerbebetrieb .....	148
1.3.2.2.1	Unterhalten einer inländischen Betriebsstätte oder Bestellung eines ständigen Vertreters im Inland .....	148
1.3.2.2.1.1	Betriebsstätte .....	150
1.3.2.2.1.2	Ständiger Vertreter .....	152
1.3.2.2.2	Einkünfte durch die Erbringung bestimmter Beförderungsleistungen .....	154
1.3.2.2.3	Einkünfte aus im Inland ausgeübten oder verwerteten künstlerischen, sportlichen, artistischen, unterhaltenden oder ähnlichen Darbietungen .....	155
1.3.2.2.4	Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen Kapitalgesellschaft .....	156
1.3.2.2.5	Einkünfte aus der Vermietung und Verpachtung oder Veräußerung von inländischem Grundbesitz, inländischen Sachinbegriffen und Rechten .....	157
1.3.2.3	Einkünfte aus selbständiger Arbeit .....	158
1.3.2.4	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit .....	160
1.3.2.5	Einkünfte aus Kapitalvermögen .....	161
1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung .....	164
1.3.2.7	Sonstige Einkünfte .....	166
1.3.2.7.1	Sonstige Einkünfte aus wiederkehrenden Bezügen .....	166
1.3.2.7.2	Sonstige Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften i. S. des § 23 EStG .....	166
1.3.2.7.3	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 4 EStG .....	166
1.3.2.7.4	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 3 EStG .....	166
1.3.2.7.5	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG .....	168
1.3.2.8	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG) .....	168
1.3.2.9	Besonderheiten bei der beschränkten Steuerpflicht .....	169
1.3.2.9.1	Veranlagung und Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen .....	169
1.3.2.9.1.1	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens bei der Veranlagung von beschränkt Steuerpflichtigen .....	170
1.3.2.9.1.2	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen .....	172
1.3.2.9.2	Begrenzte Anwendbarkeit des Teileinkünfteverfahrens auf beschränkt einkommensteuerpflichtige Anteilseigner .....	175
1.3.2.9.3	Steuerabzug von Vergütungen für im Inland erbrachte Bauleistungen ausländischer Unternehmer (§§ 48 – 48 d EStG) .....	176

1.3.2.9.4	Besonderheiten beim Vorliegen von Doppelbesteuerungsabkommen .....	179
1.3.2.9.5	Befreiung der zwischen verbundenen EU-Gesellschaften gezahlten Gewinnausschüttungen von der deutschen Kapitalertragsteuer (§ 43 b EStG) .....	182
1.3.2.9.6	Unilaterale Kapitalertragsteuerermäßigung bei Ausschüttung von Kapitalerträgen an beschränkt steuerpflichtige Körperschaften (§ 44 a Abs. 9 EStG) .....	188
1.3.2.9.7	Befreiung der zwischen verbundenen EU-Gesellschaften gezahlten Zinsen und Lizenzgebühren vom deutschen Steuerabzug (§ 50 g EStG) .....	189
1.3.2.9.8	Voraussetzungen für die deutsche Abzugsteuerentlastung bei Zwischenschaltung einer ausländischen Gesellschaft durch eine nichtentlastungsberechtigte Person (§ 50 d Abs. 3 EStG) .....	191
1.3.2.9.9	Anrechnung und Abzug ausländischer Steuern .....	195
1.3.2.9.10	Unilaterale Qualifikation von Sondervergütungen als Unternehmensgewinne im abkommensrechtlichen Sinne (§ 50 d Abs. 10 EStG) .....	195
2	Körperschaftsteuergesetz .....	197
2.1	Unbeschränkte Steuerpflicht .....	197
2.1.1	Anknüpfungskriterien .....	197
2.1.1.1	Körperschaftsteuersubjektqualifikation ausländischer Rechtsgelände .....	197
2.1.1.2	Geschäftsleitung (§ 10 AO) .....	200
2.1.1.3	Sitz (§ 11 AO) .....	202
2.1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht .....	202
2.1.3	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes .....	203
2.1.4	Besondere Einkommensermittlungsvorschriften für Körperschaftsteuersubjekte mit Auslandsbeziehungen .....	203
2.1.4.1	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung für ausländische Einkünfte aus Beteiligungen (§ 8 b KStG) .....	203
2.1.4.1.1	Beteiligungsertragsbefreiung für ausländische Dividenden bei inländischen Körperschaftsteuersubjekten (§ 8 b Abs. 1 Satz 1 KStG) .....	203
2.1.4.1.1.1	Überblick über die Freistellungsvoraussetzungen .....	203
2.1.4.1.1.2	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbeteiligungsquote .....	204
2.1.4.1.1.3	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbesitzzeit .....	205
2.1.4.1.1.4	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer aktiven Tätigkeit der ausländischen Körperschaft .....	205
2.1.4.1.1.5	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von der Unmittelbarkeit des Anteilsverhältnisses .....	206

2.1.4.1.1.6	Gewährung der Beteiligungsertragsbefreiung bei unbeschränkter und beschränkter Körperschaftsteuerpflicht .....	207
2.1.4.1.1.7	Kapitalertragsteuerabzug und -ermäßigung bei Weiterausschüttung der steuerfreien Beteiligungserträge an die Anteilseigner ...	207
2.1.4.1.1.8	Ausschluss der Beteiligungsertragsbefreiung für verdeckte Gewinnausschüttungen bei deren Abzug auf Gesellschaftsebene (§ 8 b Abs. 1 Satz 2 KStG) .....	208
2.1.4.1.1.9	Ausschluss des abkommensrechtlichen internationalen Schachtelprivilegs für verdeckte Gewinnausschüttungen bei deren Abzug auf Gesellschaftsebene (§ 8 b Abs. 1 Satz 3 KStG) .....	209
2.1.4.1.2	Veräußerungsgewinnbefreiung für realisierte Wertzuwächse bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 2 KStG) .	210
2.1.4.1.3	Abzugsverbot für Wertminderungen (Veräußerungsverluste, Teilwertabschreibungen) bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 3 Satz 3 KStG) .....	213
2.1.4.2	Besonderheiten der körperschaftsteuerlichen Organschaft bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen .....	215
2.1.4.2.1	Erfordernis der Geschäftsleitung im Inland beim Organträger ...	215
2.1.4.2.2	Steuerneutrale Weiterleitung von steuerfreien ausländischen Einkünften im Organkreis .....	215
2.1.4.2.3	Ausschließliche Anwendung des § 8 b Abs. 1 bis 3 KStG und des § 3 Nr. 40 EStG bei der Einkommensermittlung des Organträgers (§ 15 Nr. 2 KStG) .....	216
2.1.4.2.4	Die Anwendbarkeit von Steuerermäßigungen und Tarifvorschriften im Rahmen eines Organschaftsverhältnisses bei Auslandsbeziehungen .....	217
2.1.4.2.5	Die Berücksichtigung negativer ausländischer Einkünfte gem. § 2 a Abs. 1 EStG in Organschaftsfällen .....	218
2.1.5	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei ausländischen Einkunftsteilen (§ 26 KStG) .....	219
2.1.5.1	Anrechnung einer ausländischen Steuer bei der Körperschaftsteuer (§ 26 Abs. 1 KStG) .....	219
2.1.5.1.1	Voraussetzungen .....	219
2.1.5.1.2	Verfahren .....	220
2.1.5.2	Abzug ausländischer Steuern bei Ermittlung der Einkünfte auf Antrag oder von Amts wegen .....	221
2.2	Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Nr. 1 KStG) .....	222
2.2.1	Subjektive Steuerpflicht ausländischer Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen .....	222
2.2.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht .....	223
2.2.3	Beachtung der Vorschriften gem. § 8 b KStG bei der Einkommensermittlung einer inländischen Betriebsstätte der beschränkt steuerpflichtigen Körperschaft .....	225
2.2.4	Inländische Zweigniederlassung eines ausländischen gewerblichen Unternehmens als Organträger .....	225

## Inhaltsübersicht

---

2.2.5	Kein besonderer Körperschaftsteuersatz bei beschränkter Steuerpflicht .....	226
2.2.6	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 KStG).....	226
2.2.7	Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung bei beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen .....	228
3	Gewerbsteuergesetz .....	229
3.1	Das Territorialitätsprinzip bei der Gewerbesteuer .....	229
3.2	Gewerbsteuerliche Modifikationen bei ausländischen Einkünften durch Fehlen eigenständiger Ermittlungsvorschriften im Gewerbsteuergesetz .....	230
3.2.1	Kürzungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer .....	230
3.2.1.1	Gewinnanteile einer ausländischen Personengesellschaft (§ 9 Nr. 2 GewStG) .....	230
3.2.1.2	Ausländische Betriebsstätteneinkünfte (§ 9 Nr. 3 GewStG) .....	232
3.2.1.3	Gewinnanteile einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 9 Nr. 7 GewStG) .....	233
3.2.1.4	Unilaterale Senkung der Mindestbeteiligungsquote beim sog. internationalen gewerbsteuerlichen Schachtelprivileg gem. DBA (§ 9 Nr. 8 GewStG) .....	237
3.2.2	Hinzurechnungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer .....	238
3.2.2.1	Streubesitzdividenden von ausländischen Körperschaften, die nach dem Teileinkünfteverfahren oder nach der Beteiligungsbetragsbefreiung außer Ansatz bleiben (§ 8 Nr. 5 GewStG).....	238
3.2.2.2	Anteile am Verlust einer ausländischen Personengesellschaft (§ 8 Nr. 8 GewStG) .....	239
3.2.2.3	Hinzurechnung der Gewinnminderungen durch ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften (§ 8 Nr. 10 GewStG).....	239
3.2.2.4	Bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogene ausländische Steuern gem. § 34 c EStG (§ 8 Nr. 12 GewStG) .....	240
4	Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz .....	241
4.1	Allgemeines zur Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen .....	241
4.2	Unbeschränkte Steuerpflicht .....	242
4.2.1	Persönliche Steuerpflicht .....	242
4.2.1.1	Inländer .....	242
4.2.1.2	Erweiterung des Inländerbegriffs (sog. erweiterte unbeschränkte Erbschaftsteuerpflicht) .....	244
4.2.1.2.1	Abwanderer .....	244
4.2.1.2.2	Auslandsbedienstete .....	245
4.2.2	Sachliche Steuerpflicht .....	246
4.2.3	Wertermittlung des Auslandsvermögens .....	247

4.2.4	Anwendung der erbschaftsteuerlichen Verschonungsregelungen auf bestimmtes ausländisches Betriebsvermögen .....	248
4.3	Beschränkte Steuerpflicht .....	249
4.3.1	Persönliche Steuerpflicht .....	249
4.3.2	Sachliche Steuerpflicht .....	249
4.4	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei internationalen Erbschaften und Schenkungen .....	253
4.4.1	Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer gem. § 21 ErbStG ...	253
4.4.1.1	Allgemeine Voraussetzungen .....	253
4.4.1.2	Auslandsvermögen .....	255
4.4.1.3	Ermittlung der anrechenbaren Steuer .....	256
4.4.1.3.1	Ausschließlich Auslandsvermögen .....	256
4.4.1.3.2	Teilweise Auslandsvermögen .....	258
4.4.1.3.3	Auslandsvermögen in verschiedenen ausländischen Staaten (Pro-Staat-Begrenzung) .....	259
4.4.2	Progressionsvorbehalt (§ 19 Abs. 2 ErbStG) .....	260

## Teil II: Außensteuergesetz

### A Gesetzssystematische Einordnung

1	Hintergrund und Zielsetzung des Gesetzes .....	263
2	Verhältnis zum nationalen und sonstigen Internationalen Steuerrecht .....	264
3	Verhältnis zum Europarecht .....	265

### B Berichtigung von Einkünften zwischen international verbundenen Unternehmen gem. § 1 AStG

1	Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Leistungsverrechnung zwischen verbundenen Unternehmen .....	269
2	Einkunftskorrektur bei Abweichung vom Fremdvergleichsgrundsatz gem. § 1 Abs. 1 AStG .....	272
3	Das Verhältnis von § 1 AStG zu konkurrierenden Vorschriften .....	277
3.1	Verhältnis zu den Vorschriften über Gewinnberichtigungen in den Doppelbesteuerungsabkommen .....	278
3.2	Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung .....	279
3.3	Verhältnis zur verdeckten Einlage .....	280
3.4	Verhältnis zur Entnahme .....	284



## Inhaltsübersicht

---

4	Der Begriff der nahestehenden Person gem. § 1 Abs. 2 AStG .....	287
5	Vorgaben zur Bestimmung des Fremdvergleichspreises gem. § 1 Abs. 3 AStG .....	291
5.1	Vorgaben zur Methodenwahl .....	291
5.1.1	Funktions- und Risikoanalyse als Ausgangspunkt .....	291
5.1.2	Verrechnungspreismethoden .....	294
5.1.2.1	Standardmethoden .....	294
5.1.2.1.1	Preisvergleichsmethode (comparable uncontrolled price method) .....	294
5.1.2.1.2	Wiederverkaufspreismethode (resale price method) .....	298
5.1.2.1.3	Kostenaufschlagsmethode (cost plus method) .....	309
5.1.2.1.3.1	Ausgangspunkt der Methode .....	309
5.1.2.1.3.2	Kostenkomponente .....	311
5.1.2.1.3.3	Gewinnkomponente .....	317
5.1.2.1.3.4	Anwendungsbereich .....	322
5.1.2.1.4	Gleichzeitige Anwendung mehrerer Methoden und Modifikationen .....	323
5.1.2.2	Gewinnorientierte Methoden .....	324
5.1.2.2.1	Gewinnaufteilungsmethode (Profit-Split-Method) .....	326
5.1.2.2.2	Nettomargenmethode (Transactional Net Margin Method – TNMM) .....	329
5.1.3	Gesetzliche Anordnung des Vorrangs der Standardmethoden ....	332
5.1.4	Methodenwahl in der Praxis .....	333
5.2	Einengung von Preisbandbreiten .....	335
5.2.1	Begründung für das Entstehen von Bandbreiten .....	335
5.2.2	Vorgaben zur Einengung von Bandbreiten .....	338
5.2.3	Medianansatz bei außerhalb der Bandbreite liegenden Verrechnungspreisen des Steuerpflichtigen .....	339
5.3	Anpassungsklauseln .....	342
5.4	Rechtsverordnungsermächtigung .....	342
5.5	Zeitlicher Anwendungsbereich .....	343
6	Gewinnberichtigung durch Schätzung gem. § 1 Abs. 4 AStG .....	344
7	Begriff der Geschäftsbeziehung gem. § 1 Abs. 5 AStG .....	346
8	Ausgewählte Einzelfragen .....	347
8.1	Vorteilsausgleich .....	347
8.1.1	Grundsätzliche Regelungen .....	347
8.1.2	Voraussetzungen des Vorteilsausgleichs .....	348
8.1.3	Abgrenzung zur sog. Palettenbetrachtung .....	350

8.2	Ausgesuchte Einzelprobleme der Einkunftsabgrenzung.....	350
8.2.1	Warenlieferungen und Dienstleistungen.....	351
8.2.2	Gewerbliche Dienstleistungen.....	355
8.2.3	Kosten der Markterschließung.....	356
8.2.4	Zinsen und ähnliche Vergütungen.....	358
8.2.5	Nutzungsüberlassung von Patenten, Know-how oder anderen immateriellen Wirtschaftsgütern; Auftragsforschung.....	361
8.2.6	Verwaltungsbezogene Leistungen im Konzern.....	363
8.3	Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge.....	364
8.3.1	Umlage als Alternative zur Einzelverrechnung.....	364
8.3.2	Bedeutung und Inhalt des Umlagevertrages.....	366
8.3.3	Dokumentationsanforderungen.....	372
8.4	Verrechnung von Entgelten im Fall der Personalentsendung.....	373
8.4.1	Anwendungsbereich.....	373
8.4.2	Grundsätze für die Einkunftsabgrenzung.....	374
8.4.3	Verfahrensrechtliche Regelungen.....	375
8.5	Sonderproblem: Dauerverluste bei inländischen Vertriebsgesellschaften und anderen funktionsschwachen Gesellschaften.....	375
8.6	Funktionsverlagerungen.....	377
8.6.1	Hintergrund und gesetzliche Regelung.....	377
8.6.2	Ausgestaltungsformen von Funktionsverlagerungen.....	379
8.6.3	Bestimmung der Ausgleichszahlungen.....	381
8.7	Absicherung von Verrechnungspreisen mit Hilfe eines APA.....	383
8.7.1	Überblick.....	383
8.7.2	Antragstellung.....	385
8.7.3	Inhalt des Antrags.....	386
8.7.4	Laufzeit.....	388
8.7.5	Verfahrenstechnische Umsetzung.....	388
8.7.6	Bindungswirkung.....	389
8.7.7	Vorteilhaftigkeit.....	390
9	Dokumentations- und Nachweispflichten im Rahmen der internationalen Einkunftsabgrenzung.....	391
9.1	Regelungshintergrund.....	391
9.2	Dokumentationspflichten nach § 90 Abs. 3 AO.....	392
9.3	Sanktionen bei Nichtbeachtung der Regelungen gem. § 162 Abs. 3 und 4 AO.....	399

**C Wohnsitzwechsel insbesondere in niedrig besteuerte Gebiete**

1	Überblick zur erweiterten beschränkten Steuerpflicht gem. den §§ 2–5 AStG .....	400
1.1	Allgemeines .....	400
1.2	Die erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht (§ 2 AStG) .....	402
1.3	Die erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht (§ 4 AStG) .....	403
2	Erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht .....	404
2.1	Tatbestand des § 2 AStG .....	404
2.1.1	Persönlicher Anwendungsbereich .....	404
2.1.2	Niedrigsteuergebiet .....	407
2.1.3	Wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland .....	412
2.2	Rechtsfolgen nach § 2 AStG .....	415
2.2.1	Besteuerung aller nicht ausländischen Einkünfte .....	416
2.2.2	Einkunftsermittlung nach dem Nettoprinzip .....	418
2.2.3	Berücksichtigung von Verlusten .....	418
2.2.4	Freigrenze, besondere Freibeträge, Sonderausgaben .....	419
2.2.5	Tarif, Progression, Höchstbesteuerung .....	419
2.2.6	Veranlagungsform .....	420
2.2.7	Ende der erweiterten beschränkten Steuerpflicht .....	421
2.3	Zurechnung von Einkünften nach § 5 AStG .....	421
3	Erweiterte beschränkte Erbschaftsteuerpflicht .....	423
3.1	Tatbestand des § 4 AStG .....	423
3.1.1	Abgrenzung .....	423
3.1.2	Voraussetzungen .....	423
3.2	Rechtsfolgen nach § 4 AStG .....	424
3.2.1	Steuerpflicht auf nicht ausländische Vermögensbestandteile .....	424
3.2.2	Ermittlung des steuerpflichtigen Nachlasses .....	425
3.2.3	Berechnung der deutschen Erbschaftsteuer .....	426
3.2.4	Besteuerungsverfahren .....	426
3.3	Zurechnung von Vermögen nach § 5 AStG .....	426
4	Besteuerung stiller Reserven bei Wegzug .....	427
4.1	Überblick über § 6 AStG .....	427
4.2	Tatbestand des § 6 Abs. 1 AStG .....	428
4.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich .....	428
4.2.2	Anteile an Kapitalgesellschaften .....	430
4.2.3	Wegzug und Ersatztatbestände nach § 6 Abs. 1 Satz 2 AStG .....	430

4.3	Rechtsfolgen nach § 6 AStG .....	431
4.3.1	Besteuerung des Vermögenszuwachses, Teileinkünfteverfahren ..	432
4.3.2	Besteuerung des Verkaufs der Beteiligung nach Wegzug .....	433
4.3.3	Vermeidung von Doppelbesteuerung .....	434
4.3.4	Die Stundung nach § 6 Abs. 4 bis 7 AStG .....	434
4.3.5	Stundung bei Wegzug in EU-/EWR-Staaten durch EU-/EWR-Staatsbürger .....	435
4.3.6	Stundung nach § 6 Abs. 4 AStG .....	436
4.3.7	Anteile aus steuerneutralen Übertragungen .....	437
<b>D</b>	<b>Steuerliche Behandlung der Beteiligung an ausländischen Zwischengesellschaften</b>	
1	Überblick und Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	437
1.1	Grundlegung und Rechtsentwicklung .....	437
1.2	Verhältnis zu den Missbrauchsvorschriften der Abgabenordnung .....	440
1.3	Verhältnis zum internationalen Recht, insbesondere zum Europarecht .....	442
2	Hinzurechnungsbesteuerung gem. §§ 7 – 14 AStG .....	443
2.1	Tatbestandsvoraussetzung .....	443
2.1.1	Inländische Steuerpflichtige .....	443
2.1.2	Beherrschungsbeteiligung .....	445
2.1.2.1	Unmittelbare Beteiligung .....	445
2.1.2.2	Mittelbare Beteiligung .....	447
2.1.2.3	Begriff der mehrheitlichen Beteiligung .....	447
2.1.2.4	Reduzierte Mindestbeteiligung für Kapitalanlagegesellschaften ..	448
2.1.2.5	Verhältnis zum Auslandsinvestmentgesetz .....	449
2.1.2.6	Anwendung auf REITs .....	450
2.1.3	Begriff der Zwischengesellschaft .....	450
2.1.3.1	Ausländische Gesellschaft .....	450
2.1.3.2	Einkünfte aus passivem Erwerb .....	451
2.1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft .....	453
2.1.3.2.2	Industrielle Tätigkeit .....	453
2.1.3.2.3	Einkünfte aus dem Betrieb von Kreditinstituten und Versiche- rungsunternehmen .....	455
2.1.3.2.4	Handel .....	457
2.1.3.2.5	Dienstleistungen .....	460
2.1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung .....	464
2.1.3.2.7	Aufnahme und darlehensweise Vergabe von Kapital .....	465
2.1.3.2.8	Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften .....	467
2.1.3.2.9	Veräußerung von Beteiligungen .....	468
2.1.3.2.10	Umwandlungen .....	469
2.1.3.3	Gegenbeweismöglichkeit für EU-/EWR-Gesellschaften .....	471
2.1.3.3.1	Hintergrund der gesetzlichen Regelung .....	471

## Inhaltsübersicht

---

2.1.3.3.2	Regelung des Gegenbeweises .....	473
2.1.3.4	Niedrige Besteuerung .....	473
2.1.3.5	Freigrenze bei gemischten Einkünften.....	476
2.2	Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages .....	478
2.2.1	Überblick .....	478
2.2.2	Ermittlung der dem Hinzurechnungsbetrag zugrunde liegenden Einkünfte .....	481
2.2.2.1	Grundsätzliche Regelung.....	481
2.2.2.2	Anwendung deutschen Rechts.....	481
2.2.2.3	Gewinnermittlung bei reinen Zwischengesellschaften .....	482
2.2.2.4	Gewinnermittlung bei gemischten Einkünften .....	485
2.2.3	Berücksichtigung von Verlusten .....	486
2.2.4	Besonderheiten bei der Berücksichtigung von Betriebsausgaben .....	486
2.2.5	Steuerabzug .....	487
2.2.6	Steuerliche Behandlung des Hinzurechnungsbetrages .....	487
2.2.7	Gewerbsteuer .....	489
2.2.8	Berücksichtigung von Doppelbesteuerungsabkommen .....	490
2.3	Veräußerungsgewinne .....	490
2.4	Behandlung nachträglicher Ausschüttungen .....	491
2.5	Steueranrechnung .....	492
2.5.1	Überblick .....	492
2.5.2	Anrechenbare Steuern.....	493
2.5.3	Eigenes Anrechnungsverfahren bei nachfolgenden Gewinnausschüttungen.....	494
2.6	Nachgeschaltete Zwischengesellschaften .....	494
2.6.1	Normeninhalt .....	494
2.6.2	Tatbestandsvoraussetzung der übertragenden Zurechnungsbesteuerung.....	496
2.6.2.1	Beteiligungsvoraussetzungen .....	496
2.6.2.2	Der übertragenden Zurechnung zugrunde liegende Zwischeneinkünfte .....	497
2.6.2.3	Niedrige Besteuerung .....	497
2.6.2.4	Ausnahmen nach dem sog. „Funktionsprivileg“ .....	497
2.6.3	Rechtsfolgen der übertragenden Zurechnung .....	498
2.6.3.1	Ermittlung der hinzuzurechnenden Einkünfte.....	498
2.6.3.2	Verlustausgleich .....	499
2.6.3.3	Gesonderte Feststellung .....	500
2.6.3.4	Beteiligung an REIT-Gesellschaften .....	500
2.6.4	Nachträgliche Ausschüttung der Zwischeneinkünfte .....	501

**E Familienstiftungen § 15 AStG**

1	Überblick über die Regelung .....	501
2	Tatbestand .....	502
2.1	Stiftung nach ausländischer Rechtsordnung .....	502
2.2	Sitz und Geschäftsleitung im Ausland .....	503
2.3	Unbeschränkte Steuerpflicht von Stiftern bzw. Begünstigten .....	504
3	Rechtsfolgen .....	505
3.1	Zurechnung von Einkommen .....	505
3.2	Zurechnung von Vermögen .....	506
3.3	Auswirkung auf die Erbschaftsteuer .....	506
3.4	Zurechnung nach § 5 AStG .....	507
3.5	Vermeidung doppelter Besteuerung .....	507
3.6	Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen .....	507
4	Ersatztatbestand § 15 Abs. 3 und 4 AStG .....	508
5	Verhältnis von § 15 AStG zu § 2 EStG .....	509

**F Ermittlung der Einkünfte und Besteuerungsverfahren gem. §§ 16 bis 18 AStG**

1	Erweiterte Mitwirkungspflichten nach § 16 AStG .....	510
1.1	Überblick .....	510
1.2	Verhältnis zu den Mitwirkungspflichten nach der AO .....	511
1.3	Offenlegung von Geschäftsbeziehungen .....	512
1.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung .....	513
2	Die Mitwirkungspflichten nach § 17 AStG .....	513
2.1	Verhältnis zu den Mitwirkungspflichten nach AO .....	513
2.2	Voraussetzung .....	514
2.3	Umfang der Mitwirkungspflichten .....	514
2.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung .....	515
3	Die Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gem. § 18 AStG .....	516
3.1	Überblick .....	516
3.2	Ermittlung der Bemessungsgrundlagen .....	516

## Inhaltsübersicht

---

3.3	Durchführung der Besteuerung des inländischen Steuerpflichtigen .....	518
3.4	Besteuerungsverfahren für ausländische Familienstiftungen i. S. von § 15 AStG .....	518

### **G § 20 AStG: Konkurrenzverhältnis zwischen AStG und DBA**

1	Allgemeine Vorbehaltsklausel (§ 20 Abs. 1 AStG) .....	518
2	Umschaltklausel für bestimmte Betriebsstätteneinkünfte .....	519

## **Teil III: Doppelbesteuerungsabkommen**

<b>A</b>	<b>Einleitung</b> .....	523
----------	-------------------------	-----

<b>B</b>	<b>Einordnung der DBA-Regelungen in das System des Außensteuerrechts</b> .....	525
----------	--	-----

### **C Grundsätzliches zu Doppelbesteuerungen**

1	Begriff und Formen der Doppelbesteuerungen .....	527
2	Ursachen für das Vorliegen von Doppelbesteuerungen .....	528
3	Verfahren zur Vermeidung bzw. Milderung der Doppelbesteuerung .....	530

### **D Rechtliche Grundlagen der Doppelbesteuerungsabkommen**

1	Definition eines DBA .....	535
2	Zustandekommen eines DBA .....	536
3	Stellung der DBA im deutschen Steuerrecht .....	537
3.1	Begriffliche Unterschiede zwischen den Rechtskreisen .....	537
3.2	Qualifikationskonflikte und deren Auswirkungen .....	538
3.2.1	Treaty-overriding .....	541
3.2.2	Treaty Shopping .....	543
4	Auslegung eines DBA .....	543
4.1	Auslegungsrichtlinien, insbesondere Bedeutung des OECD-MA-Kommen- tars .....	545
4.1.1	DBA zwischen OECD-Mitgliedstaaten .....	545
4.1.2	DBA mit bzw. zwischen Nicht-OECD-Mitgliedstaaten .....	546

### **E Aufbau, Geltungsbereich und Zuordnungsprinzipien der DBA**

1	Aufbau eines DBA .....	547
2	Geltungsbereich .....	547

2.1	Persönlicher Geltungsbereich .....	547
2.1.1	Prinzip der Ansässigkeit als Grundnorm .....	547
2.1.2	Vorliegen einer Person im Abkommenssinne .....	548
2.1.2.1	Natürliche Personen .....	548
2.1.2.2	Gesellschaften .....	548
2.1.2.3	Betriebsstätte/ständiger Vertreter .....	551
2.1.2.4	Gesellschaften .....	552
2.1.3	Bedeutung der Ansässigkeit für die Anwendung des DBA .....	552
2.1.3.1	Bestimmung der Ansässigkeit bei natürlichen Personen .....	553
2.1.3.2	Bestimmung der Ansässigkeit von Gesellschaften .....	556
2.2	Sachlicher Geltungsbereich .....	560
2.3	Räumlicher Geltungsbereich gem. Art. 28 OECD-MA .....	562
3	Zuordnungsprinzipien hinsichtlich der Besteuerungsrechte .....	563
<b>F</b>	<b>Besteuerung einzelner Einkunftsarten</b> .....	<b>567</b>
1	Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen gem. Art. 6 OECD-MA .....	568
1.1	Besteuerungsgegenstand .....	568
1.2	Zuordnung des Besteuerungsrechts .....	570
1.3	Besonderheiten und Gestaltungsmöglichkeiten .....	571
2	Unternehmensgewinne (Art. 5, 7–9 OECD-MA) .....	572
2.1	Definition der Einkunftsart .....	572
2.2	Zuteilung des Besteuerungsrechts .....	578
2.3	Definition der Betriebsstätte .....	578
2.3.1	Nach nationalem Recht .....	579
2.3.2	Nach Abkommensrecht .....	581
2.3.2.1	Grundlagen .....	581
2.3.2.2	Beispielhafte Aufzählung i. S. des Art. 5 Abs. 2 OECD-MA .....	584
2.3.2.2.1	Ort der Leitung .....	584
2.3.2.2.2	Zweigniederlassung .....	584
2.3.2.2.3	Geschäftsstellen, Fabrikationsstätten, Werkstätten, Bergwerke und Sonstiges .....	585
2.3.2.2.4	Bauausführungen und Montagetätigkeiten .....	585
2.3.2.2.5	Negativkatalog i. S. des Art. 5 Abs. 4 OECD-MA .....	587
2.3.2.2.5.1	Warenlager/Auslieferungslager .....	588
2.3.2.2.5.2	Tätigkeiten vorbereitender Art oder Hilfstätigkeiten .....	588
2.3.2.2.5.3	Einkaufs- und Informationsbeschaffungstätigkeiten .....	589
2.3.2.2.5.4	Kumulierung von Ausnahmetatbeständen .....	589
2.3.3	Rechtsfolgenidentität bei ständigem Vertreter .....	590
2.3.4	Anti-Organ-Klausel des Art. 5 Abs. 7 OECD-MA .....	592



## Inhaltsübersicht

---

2.4	Gewinnabgrenzung bei verbundenen Unternehmen (Art. 9 OECD-MA) .....	593
2.4.1	Zweck der Vorschrift .....	593
2.4.2	Steuerliche Korrektornormen .....	594
2.5	Gewinnabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte .....	595
2.5.1	Ermittlung des Betriebsstättengewinns .....	597
2.5.1.1	Grundlegende Buchführungsregelungen .....	598
2.5.1.2	Gewinnaufteilungsmethoden .....	600
2.5.1.2.1	Direkte Methode .....	600
2.5.1.2.2	Indirekte Methode .....	601
2.5.1.2.3	Gemischte Methode .....	602
2.5.1.2.4	Direkte Methode und funktionale Zuordnung .....	602
2.5.1.2.5	Direkte Methode und Spezialprobleme .....	608
2.5.1.2.5.1	Zuordnung von Wirtschaftsgütern .....	608
2.5.1.2.5.2	Nutzungsüberlassung .....	611
2.5.1.2.5.3	Kapitalausstattung .....	612
2.5.1.2.5.4	Überführung von Wirtschaftsgütern .....	616
2.5.1.3	Aufwands- und Ertragsabgrenzung .....	616
2.5.1.3.1	Gründungskosten .....	618
2.5.1.3.2	Marketing- und Werbekosten .....	618
2.5.1.3.3	Forschungs- und Entwicklungskosten .....	619
2.5.1.3.4	Währungsumrechnung .....	620
2.5.1.3.5	Keine Attraktivkraft der Betriebsstätte gem. Art. 7 Abs. 1 OECD-MA .....	622
2.5.1.4	Betriebsstättenvorbehalt und gestalterische Maßnahmen .....	624
2.6	Personengesellschaften als abkommensrechtliche Sonderform der Betriebs- stätte .....	625
2.6.1	Qualifizierungskriterien .....	630
2.6.2	Besteuerung der Einkünfte eines Mitunternehmers und die Behandlung von „Sondervergütungen“ .....	634
2.6.3	Gewinnermittlung der Personengesellschaft .....	636
3	Einkünfte aus Dividenden gem. Art. 10 OECD-MA .....	636
3.1	Definition von Einkünften aus Dividenden .....	637
3.2	Zinsen .....	640
4	Einkünfte aus Zinsen (Art. 11 OECD-MA) .....	640
4.1	Definition von Zinsen und Abgrenzung zu anderen Einkunftsarten .....	641
4.1.1	Abgrenzung zu Einkünften eines stillen Gesellschafters .....	643
4.1.2	Abgrenzung zu Einkünften aus einem partiarischen Darlehen ...	645
4.1.3	Weitere Abgrenzungen .....	646
4.2	Regelungsinhalt .....	647
4.2.1	Quelle der Zinsen .....	648
4.2.2	Besteuerungsverfahren .....	649

4.3	Ausgewählte Einzelprobleme .....	650
5	Einkünfte aus Lizenzen (Art. 12 OECD-MA) .....	651
5.1	Grundsätzliches .....	651
5.2	Definition und Abgrenzung .....	654
5.2.1	Definition .....	654
5.2.2	Besondere Abgrenzungsprobleme .....	656
5.3	Besteuerungsfolgen .....	658
5.3.1	Zuteilung der Besteuerungsrechte .....	658
5.3.2	Attraktivkraft und Umqualifizierung .....	659
5.3.3	Unangemessenheit der Lizenzgebühren .....	660
6	Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen (Art. 13 OECD-MA) .....	661
6.1	Grundsatz und Definition .....	661
6.2	Unbewegliches Vermögen (Art. 13 Abs. 1) .....	664
6.3	Bewegliches Betriebsvermögen (Art. 13 Abs. 2) .....	665
6.4	Vermögen gem. Art. 13 Abs. 3 .....	667
6.5	Sonstiges Vermögen (Art. 13 Abs. 4) .....	667
7	Dienstleistungs- und Arbeitseinkünfte .....	668
7.1	Wohnsitzprinzip als Grundorientierung .....	668
7.2	Selbständige Arbeit (Art. 14 OECD-MA) .....	668
7.2.1	Grundsätzliche Regelung .....	668
7.2.2	Bedeutung einer festen Geschäftseinrichtung .....	676
7.3	Unselbständige Arbeit (Art. 15 OECD-MA) .....	677
7.3.1	Grundsätzliche Regelungen .....	677
7.3.2	Definition der Einkünfte gem. Art. 15 OECD-MA .....	678
7.3.3	Abgrenzung zu Art. 7 OECD-MA .....	678
7.3.4	Bestimmung des Tätigkeitsortes .....	679
7.3.5	Wohnsitzbesteuerung als Ausnahme der Tätigkeitsortbesteue- rung .....	680
7.4	Einzelregelungen zu bestimmten Tätigkeiten/Einkünften .....	688
7.4.1	Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Art. 16 OECD- MA) .....	688
7.4.2	Vergütungen für künstlerische oder sportliche Tätigkeiten (Art. 17 OECD-MA) .....	691
7.4.3	Ruhegehälter (Art. 18 OECD-MA) .....	694
7.4.4	Einkünfte aus öffentlichen Kassen (Art. 19 OECD-MA) .....	696
8	Sonstige Einkünfte (Art. 21 OECD-MA) .....	696

## Inhaltsübersicht

---

9	Vermögensbesteuerung (Art. 22 OECD-MA) .....	698
10	Für alle Einkunftsarten geltende Vorschriften .....	699
10.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung (Art. 23 A/B OECD-MA) .....	699
10.1.1	Grundsätzliches Wahlrecht .....	699
10.1.2	Freistellung .....	699
10.1.3	Steueranrechnung .....	701
10.2	Gleichheitsgrundsatz/Diskriminierungsverbote (Art. 24 OECD-MA) .....	702
10.3	Verständigungsverfahren (Art. 25 OECD-MA) .....	704
10.4	Informationsaustausch (Art. 26 OECD-MA) .....	706
10.4.1	Grundsätzliches .....	706
10.4.2	Besonderheiten hinsichtlich der Rechts- und Amtshilfe .....	710
10.4.3	Simultane Betriebsprüfungen .....	712

### **G Doppelbesteuerungsabkommen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer**

1	Grundzüge des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern .....	714
2	Überblick über Regelungsinhalte der geltenden ErbSt-DBA .....	717
2.2	Nachlass-ErbSt-SchenkSt-DBA-Frankreich .....	717
2.3	ErbSt-DBA-Griechenland .....	718
2.4	Steuerabkommen mit Schweden und Dänemark .....	718
2.5	ErbSt-DBA-Schweiz .....	719
2.6	ErbSt-DBA-USA .....	720

### **Teil IV: Einfluss des Europarechts auf das Internationale Steuerrecht**

1	Europarecht und Internationales Steuerrecht .....	723
1.1	Grundlagen .....	724
1.1.1	Rechtsquellen der Gemeinschaft .....	724
1.1.1.1	Primäres Gemeinschaftsrecht .....	724
1.1.1.2	Sekundäres Gemeinschaftsrecht .....	725
1.2	Verhältnis zum nationalen Recht .....	726
1.3	Ausgewählte Organe der Gemeinschaft .....	727
1.4	Rechtsschutz durch den EuGH .....	728

2	Bisherige Harmonisierungsschritte innerhalb der EG .....	729
2.1	Indirekte Steuern .....	729
2.2	Direkte Steuern .....	729
2.2.1	Überblick .....	730
2.2.2	Die Mutter-Tochter-Richtlinie .....	730
2.2.3	Die Fusionsrichtlinie .....	731
2.2.4	Die Richtlinie über Zinsen und Lizenzen innerhalb von verbundenen Unternehmen .....	732
2.2.5	Die Zinsrichtlinie .....	734
2.2.6	Weiter gehende Überlegungen .....	735
2.3	Verfahrensrecht .....	737
2.3.1	Einfluss des Europarechts auf die Umsatzbesteuerung in Deutschland .....	739
2.3.1.1	Richtlinienkonforme Auslegung am Beispiel des Begriffs der Betriebsstätte nach § 12 AO .....	740
2.3.1.2	Weitere Auswirkungen des EU-Rechts auf die Umsatzbesteuerung im Inland.....	746
2.3.2	Einfluss des Europarechts auf die Ertragsbesteuerung in Deutschland .....	747
2.3.3	Anwendung des EU-Rechts .....	747
2.3.3.1	Anwendung auf EWR-Staaten .....	748
2.3.3.2	Anwendung auf EFTA-Staaten und Drittstaaten .....	748

## **Teil V: Einfluss der EuGH-Rechtsprechung auf das Internationale Steuerrecht**

1	Einleitung .....	751
2	Aufgaben des EuGH .....	751
3	Vorgehensweise des EuGH .....	754
3.1	Grundsätzliche Vorgehensweise .....	754
3.2	Grundlegende Entwicklungstendenzen in der Rechtsprechung des EuGH .....	758
3.2.1	Zum Vergleichsmaßstab .....	758
3.2.2	Ausdehnung der Rechtsprechung des EuGH auf Drittstaatenfälle .....	759
4	Ausgewählte Fälle aus der Rechtsprechung .....	761
4.1	Verlustberücksichtigung .....	761
4.1.1	Innerkonzernliche Verluste .....	761
4.1.2	Ausländische Verluste i. S. des § 2 a EStG .....	762
4.1.2.1	Ritter-Coulais .....	762

## Inhaltsübersicht

---

4.1.2.2	REWE Zentralfinanz und Lidl/Belgium – Entscheidungen .....	764
4.1.2.3	Währungsverluste am Dotationskapital .....	767
4.2	Quellensteuern und Besteuerung von beschränkt Steuerpflichtigen .....	770
4.3	Steueranrechnung .....	771
4.4	Steuerliche Behandlung von Finanzierungsaufwand .....	773
4.5	Wegzug und Steuerentstrickung .....	775
4.6	Columbus-Container .....	778
5	Ausgewählte Fälle zur Erbschaftsteuer .....	781
5.1	Erben Barbier .....	781
5.2	Erbschaft Block .....	782
6	Ausblick .....	788
Anhang 1:	OECD-Musterabkommen .....	789
Anhang 2:	Stand der DBA .....	803
Anhang 3:	Vergleich der Rechtsformen .....	808
Abkürzungsverzeichnis	.....	815
Paraphenschlüssel	.....	819
Stichwortverzeichnis	.....	825